

Beilage 939/2006 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich"

[Landtagsdirektion: L-11011/22-XXVI,
miterl. **Beilage 931/2006**]

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 23.2.2005 bis 2.5.2006 eine Initiativprüfung im Sinn des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 des Oö. LRHG durchgeführt.

Der Oö. Landesrechnungshof hat nunmehr seinen mit 12. Juni 2006 datierten Bericht über diese Initiativprüfung übermittelt.

Der Ausschuss für Finanzen hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 22. Juni 2006 behandelt und mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen.

Der Bericht ist daher gemäß § 25 Abs. 4 und 6 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 Z. 3 der Landtagsgeschäftsordnung dem Oö. Landtag mit einem Ausschussantrag vorzulegen.

Die Zusammenfassung des Berichts lautet wie folgt:

"(1) Der Landesrechnungshof (LRH) überprüfte den **Rechnungsabschluss 2005 (RA)** des Landes Oö. und analysierte dabei die **Haushalts- und Finanzsituation des Landes** und die **Entwicklung des Sozialbudgets**. Er stellte fest, dass der RA ordnungsgemäß aus der Buchhaltung abgeleitet wurde. **Die Überprüfung von Gebarungen und Nachweisen zeigte aber, dass einzelne mehrjährige Verpflichtungen des Landes im RA 2005 nicht enthalten waren.** Dabei handelte es sich um Vorfinanzierungen im Straßenbau und um Darlehenszusicherungen für betreubares Wohnen.

(2) Von den finanzpolitischen Vorgaben und Zielen wurde im Jahr 2005 das **Maastricht-Ziel nicht erreicht**. Das Ziel der **Schuldenfreiheit** wurde insoweit eingehalten, als im Landeshaushalt aufgrund verfügbarer Rücklagen **keine Finanzschulden aufgenommen** wurden. Allerdings verlagerte das Land in den letzten Jahren vermehrt Investitionsfinanzierungen auch aufgrund von Landtagsbeschlüssen auf andere Rechtsträger. Daraus resultieren schuldrechtliche Verpflichtungen, die den Landeshaushalt in Zukunft mit jährlich ca. 20 bis 30 Mio. Euro belasten werden. Die konkreten Auswirkungen werden in einer mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen sein.

(3) Nach dem Österreichischen Stabilitätspakt sollte Oberösterreich im Jahr 2005 einen Maastricht-Überschuss (ordentlichen Stabilitätsbeitrag) von mindestens 264,7 Mio. Euro erwirtschaften. Bereits im Voranschlag 2005 war ein negatives Ergebnis von -68,7 Mio. Euro eingeplant, das sich im Rechnungsquerschnitt (= Beilage zum RA) auf -97,7 Mio. Euro erhöhte. Dieser Finanzierungssaldo wurde durch Nettoaufwendungen für die Flutkatastrophe 2002 mit 27,3 Mio. Euro belastet. Nach den Auslegungsregeln des Österreichischen Stabilitätspaktes können diese Aufwendungen ergebnisverbessernd angerechnet werden, sodass das Land Oö. den ordentlichen Beitrag mit -70,4 Mio. Euro ermittelte.

Der LRH meinte, dass es bei der gegebenen Haushaltsstruktur **in Hinkunft noch schwieriger** wird, **Maastricht-Überschüsse in der vereinbarten Höhe zu erzielen**, weil die innerösterreichischen Auslegungsregeln bei der Berechnung des Maastricht-Ergebnisses ab 2007 wegfallen werden.

(4) Im RA 2005 ist die Haushaltsrechnung bei Einnahmen und Ausgaben von jeweils 4.132,4 Mio. Euro ausgeglichen. **Zum Haushaltsausgleich trugen hauptsächlich Einnahmen aus der Haushaltsrücklage von 244,5 Mio. Euro bei.** Diese Rücklagenentnahmen waren bereits im Voranschlag (VA) und Nachtragsvoranschlag (NVA) eingeplant.

(5) **Die Haushalts- und Finanzreserven waren rückläufig.** Die buchmäßige Rücklage zur Übertragung von Ausgabekrediten erreichte per Jahresende 2005 mit 282,6 Mio. Euro den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die finanziell bedeckte Haushaltsrücklage belief sich zum 31.12.2005 auf 448,7 Mio. Euro. Davon waren 65 Mio. Euro langfristig und 250 Mio. Euro kurzfristig veranlagt. Die restlichen 133,7 Mio. Euro stärkten die Liquidität im Kassenbestand. Die kurzfristig veranlagten 250 Mio. Euro werden nach Meinung des LRH im Jahr 2006 benötigt, um den Haushaltsbedarf zu decken. Das Land wird daher aus Liquiditätsgründen **2007 neue Rücklagen durch Vermögensveräußerungen (zB Forderungsverkäufe) aufbauen oder Darlehen aufnehmen müssen, wenn es nicht gelingt, Ausgaben nachhaltig einzusparen.**

(6) Im Jahr 2005 hat sich das Ausgabevolumen im Vergleich zum Vorjahr um 443,9 Mio. Euro vermindert. Während die Ermessensausgaben um 16,6 Mio. Euro anstiegen, gingen die Pflichtausgaben um 460,5 Mio. Euro zurück. Der Rückgang im Pflichtbereich resultierte im Wesentlichen aus geringeren Ausgaben für Kapitalausstattungen landeseigener Unternehmungen, Investitionen und Rücklagenzuführungen. Die steigende Tendenz der Ermessensausgaben wies für den LRH darauf hin, dass die Kreditsperre auf Ermessensausgaben des Jahres 2004 nur einmalige Einsparungen von ca. 18 Mio. Euro ermöglichte, jedoch nicht nachhaltig wirkte.

(7) Das Land Oö. verfügt über eine solide Finanzsituation. Dennoch hat sich in den letzten Jahren der **Überschuss aus der laufenden Gebarung** durch eher stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben **stetig verringert**. Auch 2005 stiegen die Ausgaben (+3 %) mehr als die Einnahmen (+2,7 %). Der laufende Überschuss von 312,7 Mio. Euro reichte nicht aus, um die Ausgaben der Vermögensgebarung (Investitionen) zu finanzieren. Bei unverändertem Ausgabenniveau in der Vermögensgebarung hätte das Land **aus der laufenden Gebarung um 335 Mio. Euro mehr Überschuss erwirtschaften müssen**, um den innerösterreichischen Stabilitätsbeitrag zu erbringen. Nach Meinung des LRH sollte das Land vor allem die jährlichen **Ausgabensteigerungen** in den näher untersuchten Bereichen Soziales, Gesundheit und Musikschulwesen durch kostendämpfende Maßnahmen **reduzieren** und die **Einnahmemöglichkeiten** umfassender als bisher **ausschöpfen**.

(8) Die Einnahmerückstände bei den Gebühren der Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse wuchsen in den letzten Jahren stets an und beliefen sich 2005 auf 11,4 Mio. Euro. Nach Ansicht des LRH sind politische Entscheidungen zur Problemlösung notwendig.

(9) Der Nachweis über noch nicht fällige Verwaltungsschulden enthielt alle der Buchhaltung gemeldeten mehrjährigen Verpflichtungen. Der LRH stellte fest, dass **im Nachweis** des Jahres 2005 **Vorfinanzierungen** von drei Straßen- und Brückenbauprojekten (ca. 18,4 Mio. Euro) **fehlten**, die erst im Jahr 2006 bezahlt wurden. Die bisher nicht ausgewiesenen Darlehenszusicherungen für betreubares Wohnen werden in Hinkunft in den Nachweis aufgenommen.

(10) Aus dem **Sozialbudget** tätigte das Land Oö. in den letzten drei Jahren

Ausgaben von zusammen knapp 1 Mrd. Euro. Davon entfiel ein Großteil auf Maßnahmen der Behindertenhilfe und der allgemeinen Sozialhilfe. Für das Sozialbudget war für den Zeitraum 2004 bis 2009 eine jährliche Steigerungsrate von 7 % eingeplant, die aber aufgrund des Gemeindeentlastungspaketes vorerst im Jahr 2007 auf 6 % reduziert werden soll. Nach den Rechnungsabschlüssen stiegen die tatsächlichen Sozialausgaben seit 2003 jährlich um durchschnittlich 10,7 %. Der LRH stellte fest, dass die Ausgaben nur etwa zu 45 % durch Einnahmen des Sozialbereiches gedeckt waren. Diese Einnahmen stammten etwa zu zwei Dritteln aus den Umlagen der Sozialhilfeverbände und Statutarstädte. In den Jahren 2003 bis 2005 wurde der **Landeshaushalt** im Sozialbereich insgesamt **per Saldo mit 549,4 Mio. Euro belastet**.

Nach Meinung des LRH muss der **zunehmenden Belastung des Landeshaushaltes** im Sozialbereich **entgegengewirkt** werden. Um die Grenzen der Finanzierbarkeit nicht zu überschreiten, sollten die Ausgabensteigerungen soweit wie möglich reduziert werden. Ein geringerer Mitteleinsatz führt allerdings zu einem langsameren Ausbau des Leistungsangebotes und zu einer verzögerten Bedarfsdeckung. Die **politischen Entscheidungsträger sind gefordert**, im Sozialbereich das **Leistungsangebot zu überdenken, Prioritäten zu setzen** und nach **zusätzlichen Einnahmen zu suchen**.

(11) Die Empfehlungen aus der vorjährigen Prüfung des RA wurden entsprechend dem beschlussmäßigen Auftrag des Finanzausschusses umgesetzt oder waren in Umsetzung. Der Stand der Umsetzung ist unter den Punkten 34 bis 39 des Berichtes zusammengefasst.

(12) Aus der Prüfung des RA 2005 regte der LRH zusammenfassend Folgendes an:

I. Stabilitätsorientierte Ausrichtung der Budgetpolitik durch

- a. ausgabenseitiges Sparen im konsumtiven Bereich,
- b. ausgabenseitiges Sparen im investiven Bereich,
- c. Ausschöpfen von Einnahmemöglichkeiten.

In dieser Hinsicht sollten die politischen Entscheidungsträger konkrete Überlegungen anstellen. (siehe Pkt. 12.2; Umsetzung mittelfristig)

II. Vorlage einer mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung wie beabsichtigt erstmals mit dem Budget 2007 an den Oö. Landtag. (siehe Pkt. 7.2; Umsetzung ab sofort)

III. Einbringung offener Einnahmerückstände bei den Fleischuntersuchungsgebühren durch den zuständigen Bewirtschafter soweit wie möglich. Für die weitere Vorschreibung von Fleischuntersuchungsgebühren sollte ehestens eine neue Gebührenregelung festgelegt werden. (siehe Pkt. 5.2; Umsetzung ab sofort)

IV. Verpflichtende Meldung aller Bewirtschafter über die zum Jahresende offenen mehrjährigen Verpflichtungen mit finanzwirtschaftlicher Bedeutung zur Aufnahme in den Nachweis über noch nicht fällige Verwaltungsschulden. (siehe Pkt. 30.2; Umsetzung ab sofort)

V. Kritisches Überdenken des Leistungsangebotes im Sozialbereich und Verminderung der Steigerungsraten im Sozialbudget soweit wie möglich. Beim derzeitigen Leistungsniveau und weiteren Ausbau des Leistungsangebotes sollten die politischen Entscheidungsträger die Einnahmenentwicklung im Landeshaushalt mehr als bisher berücksichtigen und nach zusätzlichen Einnahmen und Tarifierpassungen auch im Sozialbereich suchen. (siehe Pkt. 25.2; Umsetzung ab sofort)

VI. Regelmäßige Evaluierung der Leistungen im Sozialbereich durch die Fachabteilung im Hinblick auf Bedarf und Kostendämpfung. (siehe Pkt. 27.2; Umsetzung ab sofort)"

Der Ausschuss für Finanzen hat folgende Punkte für eine Folgeprüfung gemäß § 9 Abs. 2 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes festgelegt:

I. Stabilitätsorientierte Ausrichtung der Budgetpolitik durch

- a. ausgabenseitiges Sparen im konsumtiven Bereich,
- b. Ausschöpfen von Einnahmemöglichkeiten.

In dieser Hinsicht sollten die politischen Entscheidungsträger konkrete Überlegungen anstellen. (siehe Pkt. 12.2; Umsetzung mittelfristig)

II. Vorlage einer mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung wie beabsichtigt erstmals mit dem Budget 2007 an den Oö. Landtag. (siehe Pkt. 7.2; Umsetzung ab sofort)

III. Einbringung offener Einnahmenrückstände bei den Fleischuntersuchungsgebühren durch den zuständigen Bewirtschafter soweit wie möglich. Für die weitere Vorschreibung von Fleischuntersuchungsgebühren sollte ehestens eine neue Gebührenregelung festgelegt werden. (siehe Pkt. 5.2; Umsetzung ab sofort)

IV. Verpflichtende Meldung aller Bewirtschafter über die zum Jahresende offenen mehrjährigen Verpflichtungen mit finanzwirtschaftlicher Bedeutung zur Aufnahme in den Nachweis über noch nicht fällige Verwaltungsschulden. (siehe Pkt. 30.2; Umsetzung ab sofort)

V. Kritisches Überdenken des Leistungsangebotes im Sozialbereich. Beim derzeitigen Leistungsniveau und weiteren Ausbau des Leistungsangebotes sollten die politischen Entscheidungsträger die Einnahmenentwicklung im Landeshaushalt mehr als bisher berücksichtigen und nach zusätzlichen Einnahmen und Tarifierpassungen auch im Sozialbereich suchen. (siehe Pkt. 25.2; Umsetzung ab sofort)

VI. Regelmäßige Evaluierung der Leistungen im Sozialbereich durch die Fachabteilung im Hinblick auf Bedarf und Kostendämpfung. (siehe Pkt. 27.2; Umsetzung ab sofort)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

- 1. Der Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die
Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes OÖ" wird
zur Kenntnis genommen.**
- 2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.**
- 3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung
die Umsetzung der vom Ausschuss für Finanzen festgelegten
Empfehlungen zu veranlassen.**

Linz, am 22. Juni 2006

Ing. Mag. Gumpinger

Obmann

Weixelbaumer

Berichterstatter